



Studienplan

Diplomstudiengang Rechtspflege

Studienplan vom 7. März 2018
für das fachtheoretische Studium des Diplomstudiengangs „Rechtspflege“
am Fachbereich 4
der Hochschule für Wirtschaft und Recht

Inhaltsübersicht

Teil A	1
Allgemeine Regelungen	1
Teil B	4
Der Erste Studienabschnitt	4
B 1: Zivilrecht (60 Doppelstunden)	4
B 2: Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht	6
B 3: Grundzüge des Verfassungsrechts (30 Doppelstunden)	6
B 4: Familienrecht (80 Doppelstunden)	8
B 5: Grundstücks- und Grundbuchrecht (105 Doppelstunden einschl. B 12)	10
B 6: Nachlassrecht (70 Doppelstunden)	12
B 7: Handels- Gesellschafts- und Registerrecht (60 Doppelstunden)	17
B 8: Mobiliarvollstreckungsrecht (65 Doppelstunden)	19
B 9: Zivilprozess- und Kostenrecht (95 Doppelstunden)	21
B 10 Organisations- und Verwaltungskunde (30 Doppelstunden)	30
B 11: Strafrecht und Strafprozessrecht (35 Doppelstunden)	31
B 12: Grundstücksrecht der neuen Bundesländer	34
Teil C	36
Der Zweite Studienabschnitt (Fachtheoretischer Teil)	36
C 1: Familienrecht (25 Doppelstunden)	36
C 2: Grundstücks- und Grundbuchrecht (25 Doppelstunden)	37
C 3: Nachlassrecht (20 Doppelstunden)	37
C 4: Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht (15 Doppelstunden)	38
Teil D	39
Der Dritte Studienabschnitt	39
D 1: Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht (10 Doppelstunden)	39
D 2 : Grundstücks- und Grundbuchrecht (10 Doppelstunden)	40
D 3: Insolvenzrecht (50 Doppelstunden)	41
D 4: Immobiliervollstreckungsrecht (60 Doppelstunden)	49
D 5: Mobiliarvollstreckung (10 Doppelstunden)	51
D 6: Familienrecht (15 Doppelstunden)	51
D 7: Nachlassrecht (10 Doppelstunden)	53
D 8: Strafvollstreckungsrecht (40 Doppelstunden)	55
D 9: Zivilprozess- und Kostenrecht (10 Doppelstunden)	57
D 10: Internationales Privatrecht (30 Doppelstunden)	58

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

Teil A

Allgemeine Regelungen

1. Nach § 10 Abs. 1 StudORpfl sind für alle Fachstudienzeiten und für die theoretischen Lehrveranstaltungen Studienpläne festzulegen. Fachstudienzeiten sind nach § 6 Abs. 1 S. 2 APORpfl der **Erste und Dritte** Studienabschnitt.
2. Die Studienpläne binden nach § 11 Abs. 1 StudORpfl haupt- und nebenamtliche Lehrkräfte hinsichtlich der bezeichneten Gegenstände. Die nachfolgenden allgemeinen Regelungen sind Teil der Studienpläne.
3. Lehrgegenstände des **Ersten Studienabschnitts** sind nach § 8 i. V. mit § 7 Abs. 1 Nr. 1 – 11 APORpfl.
 - Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht
 - Einführung in das Zivilrecht
 - Grundzüge des Verfassungs- und Verwaltungsrechts
 - Familienrecht einschl. des Verfahrensrechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit
 - Grundstücks- und Grundbuchrecht
 - Nachlassrecht einschl. des Verfahrensrechts
 - Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Registerverfahren
 - Vollstreckungsrecht (insbesondere Mobiliarvollstreckung)
 - Zivilprozessrecht und Verfahren vor dem Familiengericht (insbesondere Kostenfestsetzung)
 - Organisations- und Verwaltungskunde
 - Grundzüge des Strafrechts und des Strafprozessrechts

Nach dem vom Fachbereichsrat beschlossenen Studienmodell wird der Lehrstoff der genannten Fächer in Vorlesungen und Übungen (Arbeitsgemeinschaften) behandelt. Die Vorlesungen sind von hauptamtlichen Lehrpersonen durchzuführen. Sie stellen jeweils die grundlegenden Institutionen des Faches sowie deren systematische und dogmatische Zusammenhänge dar. Die Übungen dienen der anwendungsbezogenen Vertiefung, Erweiterung und Einübung des Vorlesungsstoffes anhand von praktischen Fällen in Kleingruppen. Ist ein Studienjahrgang in mehrere Studiengruppen aufgeteilt, so sollen in allen Gruppen dieselben Fälle behandelt werden. Dies schließt nicht aus,

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

dass die Lehrperson aktuelle Fälle, z.B. aus der eigenen Gerichtspraxis, zusätzlich anbietet.

In allen Arbeitsgemeinschaften ist die Abfassung der gerichtlichen Entscheidungen zu üben. Auf einen korrekten Entscheidungsaufbau und die sachgerechte Begründung ist besonderer Wert zu legen.

Die Studienpläne unterscheiden nicht zwischen den in den Vorlesungen und den in den Übungen zu behandelnden Gegenständen. Dies ist schon deshalb nicht veranlasst, weil die Schwerpunktthematik des jeweiligen Faches regelmäßig in beiden Lehrveranstaltungsarten zu behandeln sein wird. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es mit dem Studienmodell nicht vereinbar wäre, wenn in den Übungen der Stoff der Vorlesung erneut im Zusammenhang vorgetragen wird. Gegenstand der Übungen ist nicht die systematische Stoffwiederholung, sondern die fallbezogene Stoffanwendung. Erstmals systematisch zu erarbeiten und darzustellen sind jedoch die Lehrgegenstände, die nicht in der Vorlesung behandelt wurden. Der Fachbereichsrat beschließt jeweils zu Beginn eines Studienabschnittes den Stundenanteil, den Vorlesungen und Übungen innerhalb des von der Studienordnung vorgegebenen Stundenansatzes erhalten. Die Lehrgegenstände der Vorlesung bestimmt dann die Lehrperson, die mit der Vorlesung betraut ist.

Lernziele:

- Lernziel der Fächer **Zivilrecht** und **Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht** ist die Beherrschung der juristischen Arbeitsmethoden und die zuverlässige Kenntnis der grundlegenden zivilrechtlichen Institutionen sowie deren systematischer Zusammenhänge. Den Studierenden sollen möglichst umfangreiche Informationen über System, Funktion und gesellschaftliche Bedeutung der Justiz vermittelt werden; hinzutreten soll eine erste Anschauung von den Aufgaben des Rechtspflegers. Lernziele sind die Beherrschung der Gliederung der Ordentlichen Gerichtsbarkeit, des Gerichtsaufbaus, von Aufgaben und Stellung der einzelnen Funktionsträger sowie der Grundsätze des Rechtspflegerrechts. Zu vermitteln ist ferner das grundsätzliche Verständnis für die verfahrensrechtlichen Grundbegriffe (Partei- bzw. Beteiligtenbegriff; Amts- und Antragsverfahren; Beibringung und Amtsbetrieb).
- Lernziel in den Fächern **Familien- und Nachlassrecht, Grundstücksrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Vollstreckungsrecht, Zivilprozessrecht sowie Strafrecht- und Strafprozessrecht** ist die zuverlässige Kenntnis der materiellen und verfahrensrechtlichen Regelungen sowie die Beherrschung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

der jeweiligen Gutachtens- und Entscheidungstechnik. Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, die Ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Rechtspflege sachgerecht und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer sowie geschlechterspezifischer Aspekte zu lösen und ihre Entscheidung allgemein verständlich zu begründen.

4. Lehrgegenstände des **Zweiten Studienabschnittes** sind nach § 9 Abs. 3 i. V. mit § 7 Abs. 1 Nr. 4 – 7 APORpfl Familienrecht, Grundstücks- und Grundbuchrecht, Nachlassrecht und Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Registerverfahren.

Sie bezwecken die Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, die im ersten Studienabschnitt erworben wurden unter Einbeziehung der in den praktischen Studienteilen erworbenen Erfahrungen. Lernziel ist die Beherrschung der im Berufsalltag des Rechtspflegers anfallenden Geschäfte.

5. Lehrgegenstände des **Dritten Studienabschnittes** sind gem. § 10 i. V. mit § 7 Abs. 1 Nr. 4 - 9 und 11 APORpfl Familienrecht, Grundstücks- und Grundbuchrecht, Nachlassrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Registerverfahren, Vollstreckungs- und Insolvenzrecht, Zivilprozessrecht (insbesondere Kostenfestsetzung) und Strafvollstreckungsrecht, wobei der **Schwerpunkt** auf das **Strafvollstreckungsrecht**, das **Immobilienvollstreckungsrecht** und das **Insolvenzrecht** gelegt wird. Darüber hinaus werden Lehrveranstaltungen zum **Internationalen Privatrecht** durchgeführt, um die Unterscheidung zwischen Einheitsrecht und Internationalem Privatrecht sowie die Bedeutung staatsvertraglicher Vereinbarungen zu erlernen. Alle Lehrgegenstände können in Vorlesungen nebst Übungen oder in Gruppenlehrveranstaltungen angeboten werden. Für den erstgenannten Fall gelten die darauf bezogenen Regelungen in Nr. 3 entsprechend. Die Lehrveranstaltungsform wird jeweils vom Fachbereichsrat festgelegt.

Die Studienordnung sieht daneben vor, dass Kurse, Projekte und Seminare in den Fächern nach § 7 Abs. 1 Nr. 4 – 9 APORpfl angeboten werden. Hierfür können Themenvorschläge zur Wahl gestellt werden.

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

Teil B

Der Erste Studienabschnitt

B 1: Zivilrecht (60 Doppelstunden)

I. Methodische Grundlagen

1. Die Arten der Rechtsnormen
2. Die Subsumtion des Sachverhalts unter die Rechtsnorm

II. Das Rechtsgeschäft

1. Arten der Rechtsgeschäfte Insbesondere die Willenserklärung
2. Die Willensbildung
 - 2.2 Der Zugang der Willenserklärung
 - 2.3 Der Inhalt der Willenserklärung
3. Die Form der Rechtsgeschäfte
 - 3.1 Formarten
 - 3.2 Folgen des Formverstoßes
4. Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte

III. Die Anfechtung von Rechtsgeschäften

1. Anfechtungsgründe
2. Anfechtungsfrist
3. Anfechtungserklärung
4. Folgen der Anfechtung

IV. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

1. Rechtsfähigkeit
 - 1.1. Begriff
 - 1.2. Die Rechtssubjekte
2. Geschäftsfähigkeit
 - 2.1. Begriff
 - 2.2. Abstufungen der Geschäftsfähigkeit
 - 2.3. Auswirkungen auf das rechtliche Handeln

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

V. Die Stellvertretung

1. Das Handeln in fremdem Namen (Offenlegungsprinzip und Unmittelbarkeitsprinzip)
2. Die Vertretungsmacht
3. Grenzen der Vertretungsmacht, insbes. das Insichgeschäft
4. Vertretung ohne Vertretungsmacht

VI. Das Schuldverhältnis

1. Die Entstehung, Inhalt
2. Das Erlöschen
 - 2.1. Erfüllung und Erfüllungssurrogate
 - 2.2. vertragliche Aufhebung
 - 2.3. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen

VII. Leistungsstörungen im Schuldverhältnis

1. Unmöglichkeit der Leistung
2. Verzug

VIII. Schuldner- und Gläubigermehrheiten

IX. Gläubiger- und Schuldnerwechsel

X. Überblick über die Vertragstypen des Schuldrechts

XI. Besitz und Eigentum

1. Begriffe
2. Besitzerwerb und –verlust
3. Besitzarten
4. Der Eigentumserwerb an beweglichen Sachen
 - 4.1 Die Bedeutung des Abstraktionsprinzips
 - 4.2 Die Erwerbsformen (§§ 929-931 BGB)
 - 4.3 Der Erwerb vom Nichtberechtigten
5. Der Eigentumsvorbehalt
6. Die Sicherungsübereignung

XII. Gesetzliche Schuldverhältnisse

1. Die ungerechtfertigte Bereicherung
2. Der Vindikationsanspruch

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

3. Die unerlaubte Handlung

XIII. Einblick in die Methodenlehre

1. Auslegungsgrundsätze
2. Analogie und teleologische Reduktion

B 2: Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht (10 Doppelstunden)

I. Gerichtsverfassung und Gerichtsorganisation

1. Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gewaltenteilung
2. Überblick über die einzelnen Gerichtsbarkeiten
3. Aufbau und Aufgaben der ordentlichen Gerichte

II. Überblick: Funktionsträger(innen) der Justiz

1. Richter(in)
2. Rechtspfleger(in)
3. Urkundsbeamte(r) der Geschäftsstelle

III. Grundzüge des Rechtspflegerrechts

1. Historische Entwicklung im Überblick
2. Aufgabenbereiche der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
3. Rechtsstellung der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
4. Rechtsbehelfssystem § 11 RPfG

B 3: Grundzüge des Verfassungsrechts (30 Doppelstunden)

A. Grundrechtslehre

I. Struktur der Grundrechtsprüfung

II. Allgemeine Grundrechtslehren

1. Funktionen und Einteilung der Grundrechte
2. Grundrechtsträger
3. Grundrechtsverpflichtete; Drittwirkung
4. Grundrechtseingriff
5. Grundrechtsbeschränkungen
 - 5.1. Arten von Grundrechtsschranken

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- 5.2. Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage
- 5.3. Insbesondere: Verhältnismäßigkeit
- 5.4. Verfassungsmäßigkeit der Rechtsanwendung
- 6. Grundrechtskonkurrenzen; Grundrechtskollisionen

III. Einzelne Grundrechte

- 1. Freiheitsgrundrechte
 - 1.1. Garantie der Menschenwürde
 - 1.2. Allgemeine Handlungsfreiheit
 - 1.3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht
 - 1.4. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; Freiheit der Person
 - 1.5. Glaubens- und Gewissensfreiheit
 - 1.6. Kommunikationsgrundrechte
 - 1.7. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit
 - 1.8. Schutz von Ehe, Familie und Elternrecht
 - 1.9. Versammlungsfreiheit
 - 1.10. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit
 - 1.11. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis
 - 1.12. Freizügigkeit
 - 1.13. Berufsfreiheit
 - 1.14. Unverletzlichkeit der Wohnung
 - 1.15. Eigentums- und Erbrechtsgarantie
 - 1.16. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung
 - 1.17. Asylrecht
 - 1.18. Petitionsrecht
- 2. Gleichheitsrechte
 - 2.1. Der allgemeine Gleichheitssatz
 - 2.2. Besondere Gleichheitssätze
- 3. Justizgrundrechte
 - 3.1. Rechtsweggarantie
 - 3.2. Garantie des gesetzlichen Richters
 - 3.3. Anspruch auf rechtliches Gehör und faires Verfahren
 - 3.4. Bestimmtheitsgebot für Strafgesetze
 - 3.5. Verbot der Mehrfachbestrafung
- 4. Grundrechte in Landesverfassungen
- 5. Europäische Grundrechte

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

IV. Verfassungsrechtsprechung

1. Verfassungsbeschwerde
2. Abstrakte und konkrete Normenkontrolle
3. Verfassungsrechtsprechung der Länder

B. Europarechtliche Aspekte

I. Der europäische Einigungsprozess

II. Organe und Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften

III. Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof

IV. Verhältnis des Gemeinschaftsrechts zum nationalen Recht

V. Ausblick: Völkerrechtliche Verträge

B 4: Familienrecht (80 Doppelstunden)
--

A. Das Eherecht

I. Die eheliche Lebensgemeinschaft

II. Das eheliche Güterrecht

B. Abstammung

1. Mutterschaft
2. Vaterschaft
3. Anfechtung der Vaterschaft
4. Rechtliche Auswirkungen der modernen Fortpflanzungsmedizin
5. Verfahrensrechtliche Fragen

C. Das Kindschaftsrecht

I. Natürliche Elternpflichten und –rechte

1. Elterliche Sorge
 - 1.1 Gemeinsame elterliche Sorge/Alleinsorge, Voraussetzungen und

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

Wirkungen der Sorgeerklärungen.

1.2 Inhalte des elterlichen Sorgerechts, Personen-, Vermögenssorge, Vertretungsmacht, Grenzen elterlicher Sorge, Meinungsverschiedenheiten der Sorgerechtsinhaber, Elternwille und Selbstbestimmungsrecht des Kindes, Gesetzliche Vertretungsausschlüsse, ihre Ausnahmen und ihre Folgen, Familienrechtliche Genehmigungen, Rechtsnatur, Genehmigungstatbestände, gerichtliches Verfahren, Elterliche Sorge nach Tod eines Elternteils und nach Trennung (§§ 1680, 1671 BGB), Tatsächliche Verhinderung und Ruhen elterlicher Sorge wegen tatsächlicher und rechtlicher Verhinderung (§§ 1678, 1673 – 1675 BGB), Rechte des nichtsorgeberechtigten Elternteils, Eingriffe in die Sorge wegen Gefährdung des Kindeswohls oder des Kindesvermögens, § 1666 BGB

2. Umgangspflicht und -recht

II. Die Vormundschaft

1. Voraussetzungen der Vormundschaft
2. Anordnung der Vormundschaft, Auswahl und Bestellung des Vormunds
3. Gesetzliche Amtsvormundschaft
4. Benennungsrecht der Eltern
5. Aufgaben des Vormunds
6. Familiengerichtliche Genehmigungen
7. Ende des Amtes und Ende der Vormundschaft

III. Grundzüge des Pflegschaftsrechts, Die Ergänzungspflegschaft, Pflegschaft für die Leibesfrucht

D. Grundzüge des Betreuungsrechts¹

I. Entstehungsgeschichte

II. Voraussetzungen

III. Die Aufgabenkreise

IV. Auswirkungen der Betreuungsanordnung

¹ Die Vertiefung des Betreuungsrechts erfolgt in den nachfolgenden Abschnitten.

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- V. **Der Einwilligungsvorbehalt**
- VI. **Die Person des Betreuers, die unterschiedlichen Betreuertypen**
- VII. **Das Verfahren bis zur Betreuerbestellung**
- VIII. **Die Verpflichtung und das Einführungsgespräch**
- IX. **Rechtsstellung des Betreuers, seine Rechte und Pflichten**
- X. **Anzuwendende Vorschriften**
- XI. **„Ergänzungs- und Gegenbetreuung“**
- XII. **„Befreite“ Betreuer**
- XIII. **Besondere Genehmigungserfordernisse**
 - 1. Genehmigung von risikoreichen Gesundheitsmaßnahmen
 - 2. Genehmigung der Kündigung und Aufhebung von Wohnraummietverhältnissen
 - 3. Genehmigung zu freiheitsentziehender Unterbringung und sonstigen freiheitsentziehenden Maßnahmen
 - 4. Genehmigung zur Sterilisation
 - 5. Genehmigung einer Ausstattung
- XIV. **Vergütung und Auslagenersatz (Grundzüge)**
- XV. **Betreuerwechsel**
- XVI. **Beendigung, Aufhebung, Einschränkung, Erweiterung und Verlängerung der Betreuung**

B 5: Grundstücks- und Grundbuchrecht (105 Doppelstunden einschl. B 12)

- I. **Grundbuch**
- II. **Grundstück – Flurstück**

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

III. Grundstücksrechte

1. Übersicht
2. Einzelfälle
 - 1.1. Hypothek – Grundschuld
 - 1.2 Reallast
 - 1.3 Vorkaufsrecht
 - 1.4 Nießbrauch
 - 1.5 Grunddienstbarkeit
 - 1.6 Beschränkte persönliche Dienstbarkeit

IV. Begründung und Übertragung von Grundstücksrechten

1. Doppeltatbestand: Einigung und Grundbucheintragung
2. Zusammenspiel von Einigung und Grundbucheintragung

V. Übereignung von Grundstücken

1. Kaufvertrag
2. Auflassung
3. Abstraktionsprinzip

VI. Eigentumsvormerkung

1. Zweck
2. Wirkung
3. Akzessorietät
4. Begründung
5. Übertragung

VII. Inhaltsänderung von Grundstücksrechten

VIII. Aufhebung von Grundstücksrechten

IX. Materielles und formelles Grundstücksrecht

X. Antrag

XI. Bewilligung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

XII. Dingliche Einigung

XIII. Nachweis der Eintragungsunterlagen

XIV. Grundpfandrechte

1. Arten
2. Begründung
3. Übertragung
4. Tilgung
5. Aufhebung

XV. Voreintragung des Betroffenen

XVI. Entscheidungen des GBA

XVII. Grundbuchberichtigung

XIII. Rang der Grundstücksrechte

XIX. Grundstücksteilung und Grundstücksverbindungen

XX. Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung

XXI. Amtswiderspruch und Amtslöschung

XXII. Rechtsbehelfe

XXIII. Verfügungsbeeinträchtigungen

XXIV. Wohnungseigentum

XXV. Erbbaurecht

B 6: Nachlassrecht (70 Doppelstunden)
--

I. Eigentum und Erbrecht

1. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

2. Begriff und Gegenstand des Erbrechts
3. Rechtsquellen
4. Räumlicher Geltungsbereich
5. Sozialpolitische Funktion
6. Tragende Prinzipien des Erbrechts
(Privaterbfolge, Verwandtenerbrecht, Testierfreiheit)

II. Grundbegriffe des Erbrechts

1. Grundsatz der Universalsukzession
2. Vonselbsterwerb
3. Vorrang der gewillkürten Erbfolge (Testierfreiheit und deren Einschränkungen durch bindende Verfügungen und das Pflichtteilsrecht)
4. Erbrecht des Fiskus
5. Erbfähigkeit (Vor- und Nachversterben, Ausschluss von der Erbfolge)

III. Ausschluss der gesetzlichen Erbfolge durch die gewillkürte Erbfolge

IV. Anwendbarkeit der Regeln zur gesetzlichen Erbfolge

V. Gesetzliche Erben (Überblick)

Die Verwandten, der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner und der Fiskus

VI. Das Erbrecht der Verwandten

1. Biologische und rechtliche Verwandtschaft
2. Erbfolge nach Ordnungen
3. Repräsentationsprinzip
4. Eintrittsrecht
5. Stammes- und Liniensystem

VI. Erbrecht bei Beteiligung nichtehelicher Kinder

1. Begründung der rechtlichen Verwandtschaft
2. Die geltende Rechtslage
3. Rechtslage vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 12.4.2011 (BGBl I S. 615)
4. Rechtslage vor Inkrafttreten des Erbrechtsgleichstellungsgesetzes
5. Rechtslage vor Inkrafttreten des Nichtehelichengesetzes

VIII. Erbrechtliche Wirkungen der Kindesannahme (Überblick)

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

IX. Das Erbrecht des Ehegatten

1. Erbrecht neben Verwandten der jeweiligen Ordnung
2. Einfluss des Güterstandes
3. Vergleich der erb- und güterrechtlichen Lösung beim gesetzlichen Güterstand
4. Voraus und Dreißigster
5. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften

X. Das Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners

1. Begründung und Beendigung der eingetragenen Lebenspartnerschaft
2. Vergleich mit den Regelungen des Ehegattenerbrechts

XI. Ausschluss von der Erbfolge

1. Vorversterben
2. Enterbung
3. Verweisung auf den Erbersatzanspruch
4. Vereinbarung des vorzeitigen Erbausgleichs
5. Ausschlagung (Erklärung, Wirkung, Form, Frist, Zugang; Anfechtung und ihre Wirkung; gesetzliche Fiktionen)
6. Ausschluss bei festgestellter Erbunwürdigkeit
7. Ausschluss des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners trotz Bestehens der Ehe /Lebenspartnerschaft

XII. Bedeutung und Beweiskraft des Erbscheins im Rechtsverkehr

1. Verkauf von Nachlassgegenständen durch den Erben/den Scheinerben
2. Veräußerung von Immobilien/Fahrnis durch den Scheinerben/wahren Erben an Dritte
3. Leistung an den Erbscheinerben
4. Kein Beweismonopol des Erbscheins
5. Andere Möglichkeiten des Nachweises der Erbfolge
6. Das Europäische Nachlasszeugnis (Überblick)

XIII. Arten des Erbscheins

1. Der Erbschein des Alleinerben; Teilerbschein
2. Der gemeinschaftliche Erbschein gem. § 352a FamFG
3. Der Erbschein gem. § 352c FamFG (Überblick)

XIV. Das Erbscheinsverfahren

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

1. Zuständigkeit für die Erbscheinsverhandlung
2. Zuständigkeit für die Erbscheinserteilung
3. Angaben und Nachweise des Antragstellers gem. § 352 FamFG
4. Verfahrensrechtliche Besonderheiten
 - 4.1. Antrags- und Amtsverfahren
 - 4.2. Zwischenverfügung/Das Verfahren nach § 352e FamFG/Erteilung des Erbscheins/Zurückweisung des Antrags
 - 4.3. Rechtsmittel
5. Einziehung des Erbscheins

XV. Der Begriff der Verfügung von Todes wegen

1. Abgrenzung zum sachenrechtlichen Begriff der Verfügung
2. Testament und Erbvertrag sowie gemeinschaftliches Ehegattentestament
3. Anordnungen in Verfügungen von Todes wegen (Überblick)

XVI. Allgemeine Testierfreiheit und ihre Schranken; Testamentserrichtung

1. Schutz der Testierfreiheit durch die Verfassung
2. Einschränkungen der Testierfreiheit
 - 2.1. Selbst auferlegte Einschränkungen
 - 2.2. Einschränkungen durch das Gesetz, Überblick über das Pflichtteilsrecht
3. Testierfähigkeit
4. Testierwille
5. Formen
 - 5.1 Ordentliche und außerordentliche Testamentsformen unter besonderer Berücksichtigung des eigenhändigen Testaments, des öffentlichen Testaments und des Erbvertrages.
 - 5.2 Der typische Ablauf in der notariellen Praxis.
6. Sittenwidrige Anordnungen
7. Höchstpersönliche Anordnungen

XVII. Die Testamentsauslegung

1. Mögliche Anordnungen in einer Verfügung von Todes wegen
 - 1.1. Erbrechtliche Anordnungen zur Berufung
 - 1.2. Erbrechtliche Anordnungen, die auf die Erbfolge keinen Einfluss haben (z.B. Vermächtnis).
2. Auslegung von Verfügungen von Todes wegen
 - 2.1. Wann besteht Auslegungsbedarf?

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- 2.2. Die erläuternde Auslegung
- 2.3. Die ergänzende Auslegung
- 2.4. Allgemeine Auslegungsgrundsätze
- 2.5. Gesetzliche Auslegungsregeln
- 3. Anordnung einer Nacherbfolge
 - 3.1. Typische Regelungsziele des Erblassers
 - 3.2. Die Rechte des Vorerben/des Nacherben
 - 3.3. Veräußerlichkeit und Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft
 - 3.4. Nacherbfolge und Erbschein, Nacherbfolge und Grundbuch
- 4. Unwirksamkeit der Verfügung von Todes wegen bei Widerruf durch den Erblasser
- 5. Unwirksamkeit der Verfügung von Todes wegen bei Anfechtung
 - 5.1. Testamentsanfechtung gem. §§ 2078 ff.
(Anfechtung einer fremden Willenserklärung)
 - 5.2. Anfechtung gem. § 2282 BGB

XVIII. Die amtliche Verwahrung

- 1. Vorzüge und Nachteile der besonderen amtlichen Verwahrung
- 2. Das Verfahren bei der besonderen amtlichen Verwahrung

XIX. Die Testamentseröffnung

- 1. Sinn und Zweck der Testamentseröffnung
- 2. Verfahren bei und nach der Testamentseröffnung

XX. Besondere Arten letztwilliger Verfügungen

- 1. Der Erbvertrag
 - 1.1. Rechtsnatur
 - 1.2. Inhalt
 - 1.3. Bindungswirkung
 - 1.4. Aufhebung und Änderung durch Vereinbarung
 - 1.5. Rücktritt vom Erbvertrag
- 2. Das gemeinschaftliche Ehegattentestament
 - 2.1. Formen
 - 2.2. Inhalt, Möglichkeit der Bindung
- 3. Die Stellung des überlebenden Ehegatten (Trennungs- und Einheitsprinzip)
 - 3.1. Auslegung der Anordnungen in gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten
 - 3.2. Die Auslegungsregel des § 2269
- 4. Die Wiederverheiratungsklausel

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

XXI. Die Testamentvollstreckung

1. Anordnung der Testamentvollstreckung
und Ernennung des Testamentvollstreckers
 - 1.1. Rechtsstellung des Testamentvollstreckers
 - 1.2. Rechtsstellung der Erben
 - 1.3. Das Testamentvollstreckerzeugnis
2. Inhalt des Erbscheins

B 7: Handels- Gesellschafts- und Registerrecht (60 Doppelstunden)
--

A. Das Handelsregister

I. Sinn und Zweck des Handelsregisters

II. Führung und Einteilung des Handelsregisters

III. Anmeldungen

1. Anmeldeverpflichtete
2. Vertretung bei der Anmeldung
3. Form

IV. Publizität des Handelsregisters

1. Negative Publizität
2. Positive Publizität

B. Die Eintragungen im Handelsregister, Abteilung A

I. Der Einzelkaufmann

1. Ist-Kaufmann
2. Kann-Kaufmann kraft Eintragung
3. Kann-Kaufmann nach § 3 HGB

II. Die Firma

1. Kriterien
2. Firmeneinheit, Veräußerungsverbot
3. Firmenfortführung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

4. Anmeldung der Firma, Zeichnung

III. Die Prokura

1. Erteilung
2. Umfang
3. Einzel- und Gesamtprokura
4. Erlöschen der Prokura
5. Anmeldung, Zeichnung

IV. Die offene Handelsgesellschaft

1. Begriff und Abgrenzungsfragen zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts
2. Entstehungsvoraussetzung
3. Innenverhältnis
4. Außenverhältnis
 - 4.1. Vertretung
 - 4.2. Haftung
5. Gesellschafterwechsel
 - 5.1. Ausscheiden, Nachfolgeklauseln, Eintrittsklauseln
 - 5.2. Eintritt
 - 5.3. Übertragung der Gesellschafterstellung kraft Rechtsgeschäft
 - 5.4. Beteiligungsumwandlung
 - 5.5. Firmenfortführung bei Änderungen im Gesellschafterbestand
6. Beendigung
 - 6.1. Auflösung
 - 6.2. Fortsetzung
 - 6.3. Erlöschen

V. Die Kommanditgesellschaft

1. Begriff und Abgrenzungsfragen
2. Entstehungsvoraussetzungen
3. Innenverhältnis
4. Außenverhältnis
 - 4.1. Vertretung
 - 4.2. Haftung
5. Gesellschafterwechsel
 - 5.1. Ausscheiden
 - 5.2. Eintritt

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

5.3. Übertragung der Gesellschafterstellung kraft Rechtsgeschäft

5.4. Beteiligungsumwandlung

5.5. Vererbung des Kommanditanteils

5.6. Beendigung

C. Die Eintragungen im Handelsregister, Abteilung B

I. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

1. Gründung

1.1. Gründer

1.2. Gesellschaftsvertrag

1.3. Anmeldung und Versicherungen

1.4. Eintragung

1.5. Haftung in der Gründungsphase

2. Gesellschafterbeschlüsse

2.1. Gesellschafterversammlung

2.2. Abstimmung

2.3. Anfechtbarkeit von Gesellschafterbeschlüssen

2.4. Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen

3. Der Geschäftsführer

3.1. Bestellung

3.2. Vertretungsbefugnis

3.3. Ende des Geschäftsführeramtes

4. Abtretung, Teilung, Vererbung und Einziehung von Geschäftsanteilen

5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages

5.1. Firmen- und Gegenstandsänderung

5.2. Kapitalmaßnahmen

6. Liquidation, Fortsetzung und Löschung

D. Vereinsrecht

B 8: Mobiliarvollstreckungsrecht (65 Doppelstunden)
--

A Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

I. Allgemeine Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

1. Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung
2. Die Arten der Zwangsvollstreckung
3. Die Organe der Zwangsvollstreckung und ihre Zuständigkeit

II. Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

1. Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen
2. Der Vollstreckungstitel
3. Die Vollstreckungsklausel
4. Die Zustellung des Vollstreckungstitels (§ 750 ZPO)
5. Die besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

B Die Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher

I. Vermögensauskunft und Pfändung von körperlichen Gegenständen

1. Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers
2. Der Vollstreckungsauftrag (§ 753, § 802a ZPO)
3. Das Verfahren im Vorfeld der Pfändung
4. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft nach §§ 802c ff. ZPO und ihre Folgen
5. Die Pfändung körperlicher Gegenstände (§§ 808 ff. ZPO)

II. Die Rechtswirkungen einer Pfändung

1. Die Verstrickung der gepfändeten Sache oder der gepfändeten Forderung
2. Das Pfändungspfandrecht (§ 804 ZPO)

C Die Pfändung von Geldforderungen

I. Die Stellung der Forderungspfändung im Zwangsvollstreckungsrecht

1. Grundstruktur und Bedeutung der Forderungspfändung
2. Die Beteiligten bei der Forderungspfändung
3. Die zu pfändende Forderung

II. Das Verfahren der Pfändung und ihre Wirkungen

1. Die Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts nach § 828 ZPO
2. Der Antrag des Gläubigers auf Erlass des Pfändungsbeschlusses
3. Der Prüfungsumfang durch das Gericht
4. Der Pfändungsbeschluss nach § 829 ZPO

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

5. Das Wirksamwerden der Pfändung
6. Die Wirkungen der Pfändung
7. Die Vorphändung nach § 845 ZPO

III. Die Verwertung der gepfändeten Forderung

1. Die Überweisung der gepfändeten Forderung
2. Die Arten der Überweisung nach § 835 ZPO
3. Das Verfahren zur Überweisung
4. Die Geltendmachung der Forderung gegenüber dem Drittschuldner

IV. Pfändbare und unpfändbare Forderungen

1. Pfändbare Forderungen im Allgemeinen
 - 1.1. Kaufpreisforderung, § 433 Abs. 2 BGB
 - 1.2 Darlehensforderung, § 488 BGB
 - 1.3 Mietzinsforderung, § 535 Satz 2 BGB
 - 1.4 Lebensversicherungsansprüche, §§ 159 ff., 166 VVG
 - 1.5 Steuererstattungsansprüche, § 46 Abs. 6, 7 AO
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens im Überblick (§§ 850 ff. ZPO)
3. Pfändung durch einen gewöhnlichen Gläubiger nach § 850c ZPO
4. Pfändung durch Unterhaltsgläubiger nach § 850d ZPO
5. Sonderfälle des Arbeitseinkommens und besondere Fallgestaltungen
3. Die Pfändung des Girokontos und Pfändungsschutz nach § 850k ZPO

D Die Rechtsbehelfe der Zwangsvollstreckung im Überblick

I. Das System der Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung

1. Überblick
2. Abgrenzung der Rechtsbehelfe

II. Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO

1. Der Anwendungsbereich des § 766 ZPO
2. Die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Erinnerung
3. Das Verfahren bei Erhebung der Vollstreckungserinnerung durch den Gläubiger

B 9: Zivilprozess- und Kostenrecht (95 Doppelstunden)
--

A. Die Prozessmaximen

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- I. **Die Dispositionsmaxime**
- II. **Die Verhandlungsmaxime oder der Beibringungsgrundsatz**
- III. **Der Grundsatz der Mündlichkeit**
- IV. **Der Grundsatz der Unmittelbarkeit**
- V. **Der Grundsatz der Öffentlichkeit**
- VI. **Der Anspruch auf rechtliches Gehör**
- B. **Prozessvoraussetzungen als Zulässigkeitsvoraussetzung**
 - I. **Der Rechtsweg**
 - II. **Die sachliche Zuständigkeit**
 - 1. Wert des Streitgegenstandes
 - 2. Der Prozessstreitwert
 - 3. Wertfestsetzung gem. § 3 ZPO
 - 4. Berechnung des Prozessstreitwerts
 - III. **Die örtliche Zuständigkeit**
 - 1. Der allgemeine Gerichtsstand
 - 2. Die besonderen/ausschließlichen Gerichtsstände
 - IV. **Die funktionelle Zuständigkeit**
 - V. **Der Wert des Streitgegenstands in Bezug auf das Kostenrecht**
 - 1. Der Gebührenstreitwert für die Gerichtsgebühren
 - 2. Der Gegenstandswert für die Rechtsanwaltsgebühren
 - VI. **Parteivoraussetzungen**
 - 1. Die Parteifähigkeit
 - 2. Die Prozessfähigkeit

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

3. Die Postulationsfähigkeit
4. Die Streitgenossenschaft

C. Die Vertretung im Prozess

I. Gesetzliche Vertretung

II. Rechtsgeschäftliche Vertretung durch Prozessbevollmächtigten

1. Umfang der Prozessvollmacht
2. Wirkung der Handlungen des Prozessbevollmächtigten
3. Erlöschen der Vollmacht

III. Prozessführungsbefugnis

D. Die Arten der Klage

I. Die Leistungsklage

II. Die Feststellungsklage

III. Die Gestaltungsklage

E. Die Klageerhebung

I. Klageschrift, obligater Inhalt

1. Zulässigkeitsvoraussetzung der ordnungsgemäßen Klageerhebung
2. Bestimmende oder vorbereitende Schriftsätze
3. Bestimmter Antrag

II. Die Wirkungen der Klageerhebung

1. Die Rechtshängigkeit
2. Die Klageänderung

F. Gerichtskosten

I. Gebühren und Auslagen

II. Kosten- oder Gebührenbefreiung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

III. Einforderung der Kosten

1. Fälligkeit
2. Vorauszahlung oder Vorschuss
3. Kostenschuldner
4. Erinnerung bzw. Beschwerde gegen den Kostenansatz

G. Außergerichtliche Kosten – Anwaltskosten

I. Gegenstandswert in gerichtlichen Angelegenheiten

II. Vergütungsrecht

1. Wert- und Rahmengebühren
2. Angelegenheit
3. Entstehen des Gebührenanspruchs
4. Fälligkeit
5. Vorschuss

III. Gebühren und Auslagen

1. Verfahrensgebühr
2. Terminsgebühr
3. Einigungsgebühr
4. Auslagen

IV. Terminsanwalt, Unterbevollmächtigter, Verkehrsanwalt

H. Der äußere Ablauf des Prozesses

I. Prozesshandlungen

II. Das ordentliche Verfahren

I. Verhalten der Parteien während des Prozesses

I. Einwendungen und Einreden des Beklagten

II. Erledigung des Rechtsstreits ohne Urteil

1. Die Klagerücknahme

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

2. Die Erledigung der Hauptsache
3. Der Vergleich im Prozess

III. Beweisarten und Beweisverfahren

J. Die gerichtlichen Entscheidungen

I. Urteile

1. End- und Zwischenurteile
2. Sach- und Prozessurteile
3. Voll- und Teilurteile
4. Leistungs-, Feststellungs- und Gestaltungsurteile
5. Streitige (kontradiktorische) Urteile und Versäumnisurteile

II. Vollstreckbarkeitserklärung und Kostenentscheidung

III. Beschlüsse

IV. Die Rechtskraft

1. Die formelle Rechtskraft
2. Die materielle Rechtskraft
3. Beseitigung der materiellen Rechtskraft

K. Das Säumnisverfahren

I. Voraussetzungen

II. Säumnis des Beklagten

III. Säumnis des Klägers

IV. Der Einspruch; die sog. beschränkte Berufung

L. Die Rechtsmittel

I. Zulässigkeit

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

II. Die Berufung

III. Die Revision

IV. Die Beschwerde

1. Die sofortige Beschwerde
2. Die Rechtsbeschwerde

V. Gerichts- und Rechtsanwaltskosten im Rechtsmittelverfahren

M. Die Kostenfestsetzung

I. Kostenfestsetzung gemäß §§ 103 ff ZPO

1. Der Kostenerstattungsanspruch
2. Gegenseitige Kostenerstattungsansprüche
3. Kostenteilung

II. Das Verfahren

1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen
2. Besondere Verfahrensvoraussetzungen
3. Rechtliches Gehör
4. Begründetheit
 - 4.1. Erstattungsfähigkeit von Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten
 - 4.2. Erstattungsfähigkeit von Vorbereitungskosten
5. Die Entscheidung

III. Kostenfestsetzung gegen Streitgenossen

IV. Kostenausgleichung

V. Bekanntgabe des Kostenfestsetzungsbeschlusses

VI. Rechtsmittel gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss

N. Die Vergütungsfestsetzung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

I. Gegenstand der Vergütungsfestsetzung

II. Das Verfahren

1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen
3. Einreden und Einwendungen

III. Die Entscheidung

1. Haftung mehrerer Auftraggeber
2. Kosten des Vergütungsfestsetzungsverfahrens
3. Kostenentscheidung
4. Zustellung des Beschlusses

IV. Rechtsmittel gegen den Vergütungsfestsetzungsbeschluss

O. Prozesskostenhilfe im Zivilprozess

I. Bewilligungsvoraussetzungen

1. Subjektive Voraussetzungen
2. Objektive Voraussetzungen
3. Einsatz des Einkommens
4. Einsatz des Vermögens

II. Verfahren

1. Antrag
2. Prüfungsverfahren
3. Bewilligung
4. Zahlungen

III. Beiordnung eines Rechtsanwalts

1. Umfang der Beiordnung
2. Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts

P. Das Mahnverfahren

I. Der Mahnantrag

1. Zulässigkeitsvoraussetzungen

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

2. Bezeichnung des Anspruchs

II. Gerichts- und Anwaltsgebühren

III. Die Entscheidung über den Mahnantrag

1. Prüfungsmöglichkeit und Prüfungspflicht
2. Nebenforderungen

IV. Widerspruch

1. Antrag auf Durchführung des streitigen Verfahrens
2. Abgabe
3. Vereinbarter, ausschließlicher Gerichtsstand
4. Kosten des Streitverfahrens

V. Vollstreckungsbescheid

VI. Einspruch

VII. Rücknahme von Mahnantrag, Widerspruch, Streit Antrag, Einspruch

1. Verfahrensrechtliche Folgen
2. Gebührenrechtliche Folgen

VIII. Kosten des Mahnverfahrens in der Kostenfestsetzung

Q. Verfahrens- und Kostenrecht in Familiensachen

I. Grundlegendes zum Verfahrensrecht

1. Endentscheidung durch Beschluss
2. Zulässigkeit des Vergleichsabschlusses

II. Besonderheiten in Ehe- und Familienstreitsachen

1. Unterscheidung zwischen Familien- und Familienstreitsachen
2. Unanwendbarkeit bestimmter Vorschriften des FamFG

III. Kosten in Familiensachen

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Wertvorschriften des FamGKG und des RVG

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

IV. Verfahrens- und kostenrechtliche Vorschriften einzelner Familiensachen

1. Ehesachen
2. Kindschaftssachen
3. Abstammungssachen
4. Ehewohnungs- und Haushaltssachen
5. Versorgungsausgleichssachen
6. Unterhaltssachen
7. Güterrechtssachen

V. Verbund von Scheidung und Folgesachen

1. Begriff der Folgesachen
2. Abtrennung von Folgesachen und die Rechtsfolgen

VI. Einstweilige Anordnungen

1. Verfahrensrecht
2. Kostenrecht

VII. Kostentragung und Kostenerstattung in Familiensachen

1. Kostenrechtliche Vorschriften des FamFG
2. Besonderheiten in Ehe- und Familienstreitsachen
3. Kostenerstattung

VIII. Verfahrenskostenhilfe

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Bewilligungsvoraussetzungen
3. Beiordnung eines Rechtsanwalts

IX. Rechtsmittelverfahren in Familiensachen

R. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

I. Zulässigkeit

1. Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens
2. Antragsberechtigung
3. Vordruckzwang
4. Zuständigkeit

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

II. **Verfahrensablauf**

1. Verfahrensverbindung
2. Verfahren bei zulässigem Antrag
3. Festsetzung

III. **Einwendungen des Antragsgegners**

1. Über deren Begründetheit das Gericht entscheidet
2. Über deren Zulässigkeit das Gericht entscheide

IV. **Verfahrensgang bei Einwendungen**

1. Rechtsmittel im vereinfachten Verfahren
2. Verbund mit Vaterschaftsfeststellung
3. Kosten im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

B 10 Organisations- und Verwaltungskunde (30 Doppelstunden)

A. **Rechtliche Funktionen in der Justiz**

I. Die verschiedenen Zuordnungsbereiche einer justiziellen Organisationseinheit

Die Vielschichtigkeit des Handelns im Justizbereich soll verdeutlicht werden an folgenden Vorgängen: Der Amtsgerichtsdirektor bestellt beim Heizölhändler Öl für die Gerichtsheizung, erstellt eine dienstliche Beurteilung für einen Beamten, lehnt die Einsicht in die Akten eines Rechtsstreits durch einen nicht am Verfahren beteiligten Dritten ab, lehnt es als zuständiger Prozessrichter ab, dass dem Klägervertreter die Prozessakten zur Einsicht in die Kanzlei übersandt werden.

Erörterung der jeweiligen rechtlichen Funktion des Handelnden.

I. **Die Teilnahme am allgemeinen Rechtsverkehr**

II. **Die Funktion als Verwaltungshandelnder**

1. Verwaltungsrechtlicher Organisationsaufbau
2. Der Begriff des Verwaltungsaktes
3. Verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz

III. **Das Beamtenrecht**

1. Beamtenbegriff
2. Begründung des Beamtenverhältnisses

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

3. Arten des Beamtenverhältnisses
4. Dienstherr, Dienstvorgesetzter
5. Verwaltungsakte im Beamtenverhältnis
6. Rechtsschutz

IV. Der Justizverwaltungsakt nach § 23 EGGVG

1. Begriff, Abgrenzung zu den Rechtsprechungs- und Rechtspflegeakten
2. Der besondere Rechtsweg

B. Grundzüge der Organisationslehre in der Justiz

I. Organisation der Justizbehörden

1. Die Doppelfunktion („Das Kammergericht“/„Die Präsidentin des Kammergerichts“.)
2. Der Aufbau der Justizbehörde
3. Die Funktion des Behördenvorstandes
4. Vorgesetztenfunktion; Dienstaufsicht
5. Besonderheiten
 - 5.1. Bezüglich der Richter
 - 5.2. Bezüglich der Rechtspfleger
6. Die Dienstaufsichtsbeschwerde
 - 6.1. Disziplinierungsanregung, Rechtsbehelf im weiteren Sinne
 - 6.2. Einschränkungen im Hinblick auf die sachliche Unabhängigkeit von Richtern und Rechtspflegern

II. Bedeutung des Haushaltsrechts

1. Der Staatshaushalt
 - 1.1. Gliederung
 - 1.2. Haushaltsklarheit und –wahrheit
 - 1.3. Deckungsprinzip
2. Der Einzelhaushalt
 - 2.1. Die Zuweisung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan
 - 2.2. Die Einzelausstattung der Gerichte
 - 2.3. Die Verwendung von Haushaltsmitteln

B 11: Strafrecht und Strafprozessrecht (35 Doppelstunden)
--

A. Einführung in das Strafrecht

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

I. Begriff des Strafrechts, seine Stellung innerhalb der Rechtsordnung sowie seine innere Ordnung

1. Begriff des Strafrechts (einschl. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten)
2. Stellung des Strafrechts innerhalb der Rechtsordnung
3. Innere Ordnung des Strafrechts i.e.S. (sog. Drei-Säulen-Theorie, materielles und formelles Strafrecht)

II. Sinn des Strafrechts . und der Strafen

1. Rechtsgüterschutz
2. Vergeltung, General- und Spezialprävention

III. Überblick über die Rechtsfolgen des Strafrechts

1. Rechtsfolgen nach dem Strafgesetzbuch
2. Rechtsfolgen nach dem Jugendgerichtsgesetz

IV. Formelle Rechtsfolgen des Strafrechts

1. Strafen
 - 1.1. Freiheitsstrafe und Geldstrafe
 - 1.2. Nebenstrafe (Fahrverbot)
2. Nebenfolgen
 3. Maßregeln der Besserung und Sicherung
 - 3.1. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt oder in der Sicherungsverwahrung
 - 3.2. Führungsaufsicht
 - 3.3. Entziehung der Fahrerlaubnis
 - 3.4. Berufsverbot

V. Bundeszentralregister

B. Struktur des Strafrechts

I. Geltungsbereich des Strafgesetzbuches und Gesetzlichkeitsprinzip des Strafrechts

1. Inlands- und Auslandstaten
2. Bestimmtheitsgrundsatz (Gesetzesvorbehalt)
3. Verbot strafbegründenden und strafschärfenden Gewohnheitsrechts sowie

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

Analogieverbot zulasten des Täters

4. Rückwirkungsverbot

II. Elemente der Strafbarkeitsprüfung

1. Tatbestand(smäßigkeit)
2. Rechtswidrigkeit
3. Schuld

III. Ausgewählte Deliktstypen

1. Vorsätzliche und fahrlässige Begehungsdelikte
2. Echte und unechte sowie vorsätzliche und fahrlässige Unterlassungsdelikte

IV. Täterschaft und Teilnahme

1. Allein- und Mittäterschaft, Nebentäterschaft, mittelbare Täterschaft
2. Anstiftung und Beihilfe

V. Versuch

VI. Irrtumsfragen

VII. Handlungseinheit, Handlungsmehrheit und Gesamtstrafenbildung (§§ 54, 55 StGB)

VIII. Ausgewählte Straftatbestände

1. Körperverletzungs- und Tötungsdelikte
2. Diebstahl
3. Sachbeschädigung

C. Grundzüge des Strafverfahrensrechts

Themenschwerpunkt: Revisionsrecht

I. Ablauf des Strafverfahrens im Überblick

1. Ermittlungsverfahren
2. Zwischenverfahren
3. Hauptverfahren
4. Ausgewählte besondere Verfahrensarten
 - 4.1 Strafbefehlsverfahren

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

4.2 Sicherungsverfahren

4.3 Beschleunigtes Verfahren

5. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe

5.1 Rechtsmittel: Berufung, Revision, Beschwerde, Einspruch

5.2 Rechtsbehelfe: Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Wiederaufnahme des Verfahrens, Verfassungsbeschwerde

II. **Aufgaben des Rechtspflegers bei rechtskraftrelevanten Erklärungen zu Protokoll der Geschäftsstelle (Rechtsantragsstelle)**

1. Einlegung und Begründung der Revision

2. Einspruch gegen Strafbefehl

3. Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

4. Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens

B 12: Grundbuchrecht der neuen Bundesländer
--

A **Grundsätze des Überleitungsrechts**

I. **Rechtsquellen**

1. Der Einigungsvertrag (Art. 21, 22 EinV, Art. 233 ff. EGBGB)

2. Ergänzende nachfolgende Regelungen

II. **Die Verteilung des volkseigenen Vermögens**

1. Eigentumsformen des Zivilgesetzbuchs der DDR

2. Regelungen des Vermögenszuordnungsgesetzes

3. Verfügungsbefugnis über ehemals volkseigenes Vermögen nach § 8 VZOG

III. **Rückübertragung enteigneten Vermögens**

1. Genehmigungserfordernisse nach § 2 GVO und Anmeldevermerk nach § 30b VermG im Grundbuch

2. Grundbuchberichtigung nach § 34 VermG

B **Eigentumsfragen**

I. **Ausschlußfrist bei Grundbuchunrichtigkeit nach Art. 237 § 2 EGBGB**

1. Fehlerhafte Überführung in Volkseigentum, Art. 237 § 1 EGBGB

2. Ausschlußfrist bei Grundbuchunrichtigkeit, Art. 237 § 2 EGBGB

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

II. Die Abwicklung der Bodenreform nach Art. 233 §§ 11 - 16 EGBGB

1. Der Besitzwechsel bei Bodenreformgrundstücken
2. Die Abwicklung der Bodenreform nach Art. 233 § 11 ff. EGBGB

C Das Gebäudeeigentum und seine grundbuchmäßige Behandlung nach der Gebäudegrundbuchverordnung

I. Selbständiges Gebäudeeigentum nach materiellem Recht

1. Fälle selbständigen Gebäudeeigentums
2. Die Behandlung durch den Einigungsvertrag
3. Die Sachenrechtsbereinigung seit 1.10.1994
4. Die Gebäudegrundbuchverordnung (GGV)

II Grundzüge der Sachenrechtsbereinigung in den neuen Bundesländern

1. Fälle einer Sachenrechtsbereinigung (§§ 2 ff. SachenRBerG)
2. Die Bestellung eines Erbbaurechts (§§ 32 ff. SachenRBerG)
3. Der Ankauf des Grundstücks durch den Nutzer (§§ 61 ff. SachenRBerG)
4. Die Verjährung der Ansprüche nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz

III Der öffentliche Glaube des Grundbuchs nach dem 31.12.2000

1. Erlöschen dinglicher Nutzungsrechte nach
2. Rechte der Gebäudenutzer nach dem 31.12.2000

D Die beschränkte dingliche Grundstücksnutzung und das Grundbuchbereinigungsgesetz

I. Grundstücksnutzung nach dem Recht der DDR

1. Grundstücksnutzung durch einen Dritten
2. Überleitung des Mitbenutzungsrechts nach § 321 ZGB
3. Erlöschen von Grundstücksrechten nach dem GBBerG
4. Leitungsrechte nach § 9 GBBerG

II. Die Behandlung alter Grundpfandrechte

1. Umstellung alter Währungen
2. Erlöschen nach § 10 GBBerG

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

Teil C

Der Zweite Studienabschnitt (Fachtheoretischer Teil)

C 1: Familienrecht (25 Doppelstunden)
--

A. Vertiefung des Betreuungsrechts

I. Vergütung und Auslagenersatz

1. Ansprüche ehrenamtlicher Vormünder und Betreuer
 - 1.1 Grundsatz der Unentgeltlichkeit, Ermessensvergütung
 - 1.2 Auslagenersatz
2. Ansprüche des Berufsvormunds
3. Ansprüche des Berufsbetreuers
 - 3.1 Stundensatz und Stundenansatz
 - 3.2 Auslagenersatz
4. Ansprüche des Verfahrenspflegers
5. Ansprüche des Verfahrensbeistands
6. Mittellosigkeit und Staatshaftung
7. Festsetzungsverfahren

II. Inhalte des Verpflichtungs- und des Einführungsgesprächs

III. Genehmigungsfähigkeit von Rechtsgeschäften

IV. Berücksichtigung der Wünsche des Betreuten, Meinungsverschiedenheiten

V. Zwangsbefugnisse im Betreuungsrecht

VI. Inhalt des Vermögensverzeichnisses, Umfang der Überprüfung

VII. Umfang und Prüfung der Rechnungslegung und der Berichterstattung

VIII. Abgrenzung zwischen rechtlicher und sozialer Betreuung

IX. Befreiungsmöglichkeiten (§ 1817 BGB), Voraussetzung und Umfang

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

A. Grundzüge des Namensrechts des Kindes

B. Aktuelle Fragen aus der familien- und betreuungsgerichtlichen Praxis²

C 2: Grundstücks- und Grundbuchrecht (25 Doppelstunden)

I. **Gegenstand der Lehrveranstaltungen ist die vertiefende Betrachtung der folgenden Grundstücksrechte**

1. Nießbrauch
2. Grunddienstbarkeit
3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit, auch Wohnungsrecht
4. Vormerkung
5. Vorkaufsrecht
6. Reallast

II. **Gegenstand der Besprechung sollen Spezialfragen sein aus den Bereichen:**

1. Begründung
2. Belastungsgegenstand
3. Berechtigter
4. Inhalt
5. Übertragung
6. Erlöschen

Bei den Erörterungen ist auch die aktuelle Rechtsprechung zu behandeln.

C 3: Nachlassrecht (20 Doppelstunden)

I. **Die Nachlasspflegschaft**

1. Arten der Nachlasspflegschaft (Sicherungspflegschaft, § 1960 BGB; Prozesspflegschaft, § 1961 BGB; Nachlassverwaltung, § 1975 BGB)
2. Voraussetzungen der Anordnung der Nachlasspflegschaft bzw. Nachlassverwaltung
3. Zuständigkeiten (sachlich, örtlich, funktionell)
4. Aufgaben und Stellung des Nachlasspflegers nach § 1960 und nach § 1961

² Die Festlegung obliegt der jeweiligen Lehrperson. Ausgewählt werden sollen grundsätzlich nur Fälle, die die Rechtspflegertätigkeit betreffen. Abwegige „Orchideenfälle“ sind zu vermeiden, ein Zusammenhang zu den bisherigen Lehrgegenständen ist aufzuzeigen.

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

BGB und des Nachlassverwalters nach § 1975 BGB

5. Vergütung und Aufwendungsersatz des Nachlasspflegers

II. Besonderheiten bei der gesetzlichen Erbfolge

1. Adoption und Erbfolge

1.1. Minderjährigenadoption

1.2. Volljährigenadoption

1.3. Besonderheiten (Stiefkind- und Verwandten- und Altadoptionen)

2. Verschollenheit – Lebens-/Todesvermutung

3. Erbrecht des nasciturus

4. Pflegschaften in den Fällen 2 und 3

III. Die Haftung des Erben

1. Grundsatz der unbeschränkten Haftung

2. Beschränkbarkeit

3. Die Tätigkeit des Rechtspflegers in diesem Bereich

C 4: Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht (15 Doppelstunden)

I. Spezialprobleme aus dem HRA

1. Rechtsnachfolge bei Einzelkaufmännischen Unternehmen

2. Vertretung bei Personenhandelsgesellschaften

3. Haftung bei Personenhandelsgesellschaften

4. Firmenfortführung

5. Gesellschafterwechsel

II. Spezialprobleme aus dem Kapitalgesellschaftsrecht

1. Geschäftsführerwechsel

2. Aufsichtsrat bei der GmbH

3. Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen

4. Auflösung und Fortsetzung einer GmbH

5. Gesellschafterwechsel

6. Notvertreter

III. Zweigniederlassung, Sitzverlegung und Konzernrecht

1. Zweigniederlassung

2. Sitzverlegung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

3. Unternehmensverträge bei GmbH & Co. KG

Teil D

Der Dritte Studienabschnitt

D 1: Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht (10 Doppelstunden)

I. GmbH & Co. KG

1. Arten
2. Gründung
3. Organisation
 - 3.1. Geschäftsführung und Vertretung
 - 3.2. Gesellschafterversammlung
 - 3.3. Aufsichtsrat
 - 3.4. Wettbewerbsverbot
4. Finanzierung
5. Haftung
6. Gesellschafterwechsel
7. Beendigung

II. Aktiengesellschaft

1. Die Gründung
2. Beschlussfassung
3. Der Vorstand
4. Der Aufsichtsrat
5. Abwicklung, Fortsetzung und Löschung der Aktiengesellschaft

III. Auslandsbezug

1. Ausländische Beglaubigungen
2. Ausländische Gesellschaften

IV. Umwandlungsrecht

V. Verfahren und Rechtsbehelfe

VI. Genossenschaftsrecht

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

D 2 : Grundstücks- und Grundbuchrecht (10 Doppelstunden)

I. **Zwangshypothek**

1. Bedeutung
2. Eintragungsvoraussetzungen
3. Entscheidungen des Grundbuchamtes
4. Eintragung der Zwangshypothek
5. Rechtsbehelfe
6. Mängel bei der Grundbucheintragung
7. Übergang auf den Grundstückseigentümer

II. **Arresthypothek**

1. Allgemeines
2. Anordnung des Arrestes
3. Vollziehung des Arrestes
 - 3.1. Wesen und Bedeutung der Arresthypothek
 - 3.2. Eintragungsvoraussetzungen
 - 3.3. Umwandlung der Arresthypothek in eine Zwangshypothek

III. **Einstweilige Verfügung und Grundbuch**

1. Allgemeines
2. Vormerkung
 - 2.1. Anordnung
 - 2.2. Eintragungsvoraussetzungen
 - 2.3. Wirkungen

IV. **Gerichtliche Pfändungen und Grundbuch**

1. Abteilung I des Grundbuchs
 - 1.1. Bruchteilsgemeinschaft
 - 1.2. Erbengemeinschaft
 - 1.3. Rechtsstellung des Grundstückserwerbers
2. Abteilung II des Grundbuchs (z.B. Nießbrauch)
3. Abteilung III des Grundbuchs
 - 3.1. Briefhypothek
 - 3.2. Buchhypothek
 - 3.3. Fremdgrundschuld

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- 3.4. Eigentümergrundschild
- 3.5. Voll- und Teilpfändung
- 3.6. Grundpfandrechtszinsen

D 3: Insolvenzrecht (50 Doppelstunden)

A Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben

I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts

- 1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben
- 2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken

II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts

- 1. Die Bedeutung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung
- 2. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung und weitere Änderungen

B Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens

I. Das Insolvenzgericht

- 1. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts
- 2. Die Aufgaben des Insolvenzgerichts
- 3. Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts

II. Der Schuldner im Insolvenzverfahren

- 1. Die Insolvenzverfahrensfähigkeit
- 2. Pflichten und Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren
- 3. Die Bildung der Insolvenzmasse

III. Der Insolvenzverwalter

- 1. Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht
- 2. Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters
- 3. Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick
- 4. Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern
- 5. Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters
- 6. Die Vergütung des Insolvenzverwalters

IV. Die Gläubiger im Insolvenzverfahren

- 1. Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

2. Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens
3. Die Insolvenzgläubiger nach §§ 38, 39 InsO
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49 ff. InsO
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren
7. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan

C Das Insolvenzeröffnungsverfahren

I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens
2. Das Antragserfordernis des § 13 InsO
3. Die Stellung des Insolvenzantrag durch den Schuldners oder durch Gläubiger
4. Die Insolvenzgründe der §§ 17 ff. InsO

II. Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO

1. Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO
2. Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick
3. Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO
4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO
6. Die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses nach § 22a InsO
7. Vorläufige Sachwahrung und Schutzschildverfahren nach §§ 270a, 270b InsO

III. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens

1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO

D Das eröffnete Insolvenzverfahren

I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung

1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen

1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung

III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung

1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen
3. Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO

IV. Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung

1. Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung
2. Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO
3. Die Schlußverteilung nach § 196 InsO
4. Einstellung des Verfahrens mangels Masse und bei Masseunzulänglichkeit

D Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung

I. Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO

1. Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung
2. Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter

II. Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung

1. Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung
2. Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung nach § 81 Abs. 1 Satz 1 InsO
3. Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO

III. Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners

1. Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners
2. Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB
3. Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO
4. Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb

E Die Leistungserbringung nach Insolvenzeröffnung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

I. Die Leistungserfüllung an den Schuldner

1. Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO
2. Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO

II. Die Folgen unwirksamer Leistung

F Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse

I. Die Prozeßunterbrechung nach § 240 ZPO

1. Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85 ff. InsO
2. Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten
3. Der Eintritt der Unterbrechungswirkung
4. Die Wirkung der Unterbrechung
5. Der Prozeß wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO

II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO

1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO

III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO

1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis

G Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung

I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen

1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen
2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung

II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen

1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungsverfahren
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenzverfahren
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung

1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO
2. Die Wirkungen der Rückschlagsperre
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter

IV. Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren

1. Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenzeröffnung
2. Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger
3. Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen
4. Die vom Vollstreckungsverbot erfaßten Vollstreckungsmaßnahmen
5. Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen

V. Das Arbeitseinkommen des Schuldners

1. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenzmasse
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenzgläubiger
3. Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens

H Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung

I. Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO

1. Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren
2. Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB

II. Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO

1. Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen
2. Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 Satz 3 InsO

III. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO

1. Die Fälle unzulässiger Aufrechnung
2. Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage

I Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf gegenseitige Verträge

I. Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz

1. Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen
2. Die typische Interessenlagen der Vertragsparteien

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- II. Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103 ff. InsO**
 - 1. Der Begriff des gegenseitigen Vertrages im Sinne des § 320 BGB
 - 2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung
 - 3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungsansprüche
 - 4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter
 - 5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO
 - 6. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt nach § 107 InsO

- III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO**
 - 1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB
 - 2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung
 - 3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag

- IV. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108 ff. InsO**
 - 1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen
 - 2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO
 - 3. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters
 - 4. Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren

- V. Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse**
 - 1. Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren
 - 2. Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick
 - 3. Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO

- J Die Insolvenzanfechtung**
 - I. Der Zweck der Insolvenzanfechtung**
 - 1. Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz
 - 2. Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung
 - 3. Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes

 - II. Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung**
 - 1. Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO
 - 2. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs

 - III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen**
 - 1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

2. Die Gläubigerbenachteiligung

IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände

1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO
2. Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO
3. Die Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO
4. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO
5. Die Anfechtung kapitaleretzender Leistungen nach § 135 InsO
6. Typische Beispielsfälle einer Insolvenzanfechtung

K Das Restschuldbefreiungsverfahren

I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung

1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht

II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens

1. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Schuldner
2. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens
3. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung nach § 287 InsO
4. Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung nach § 287a InsO

III. Die Wirkungen der Restschuldbefreiung

1. Die Umwandlung der Insolvenzforderungen zu Naturalobligationen
2. Die Rechte gegenüber den Mitschuldnern und Bürgen
3. Die von der Restschuldbefreiung nicht erfaßten Forderungen des § 302 InsO

L Das Verbraucherinsolvenzverfahren

I. Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz

1. Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenzverfahren
2. Der Verfahrensablauf im Überblick

II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

1. Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung nach § 305 Abs. 1 InsO
2. Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

3. Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren

III. Das eröffnete Insolvenzverfahren seit 1. Juli 2014

1. Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens
2. Die schriftliche Durchführung des vereinfachten Insolvenzverfahrens
3. Die erweiterte Geltung der Rückschlagsperre nach § 88 Abs. 2 InsO

M Das Verfahren der Eigenverwaltung (Überblick)

I. Die Grundlagen der Eigenverwaltung nach §§ 270 ff. InsO

1. Die Eigenverwaltung als flexibles Instrument der Selbstverwaltung
2. Die Akzeptanz der Eigenverwaltung in der Rechtspraxis
3. Der Anwendungsbereich der Eigenverwaltung

II. Das Verfahren zur Anordnung der Eigenverwaltung

1. Die Anordnung auf Antrag des Schuldners
2. Die Stellung des Sachwalters nach §§ 274 ff. InsO

N Das Insolvenzplanverfahren (Überblick)

I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens nach den §§ 217 ff. InsO

1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens

II. Der Aufbau eines Insolvenzplans

1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219 ff. InsO
2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans nach § 222 InsO
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221 ff. InsO

III. Das Insolvenzplanverfahren

1. Die Einbringung des Insolvenzplans nach § 218 InsO
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin nach §§ 231 ff. InsO
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan nach § 235 InsO
4. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO
5. Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach § 248 ff. InsO

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

D 4: Immobilienvollstreckungsrecht (60 Doppelstunden)

I. Arten der Immobilienvollstreckung

1. Zwangshypothek
2. Zwangsverwaltung
3. Zwangsversteigerung

II. Allgemeine Grundsätze

1. ZVG als Teil der ZPO
2. Zuständigkeit
3. Überblick über die Rangklassen des § 10 ZVG
4. Beteiligte (§ 9 ZVG)
5. Einzel- und Gesamtverfahren

III. Verfahrensordnung und Beitritt

1. Voraussetzungen
2. Entscheidungen
3. Beitritt

IV. Beschlagnahme

1. Wirksamwerden
2. Verfügungsverbot
3. Zwangsversteigerungsvermerk

V. Einstellung, Fortsetzung und Aufhebung des Verfahrens

1. Einstellung und Fortsetzung aufgrund Gläubigerantrag
 2. Einstellung aufgrund Schuldnerantrag
3. Einstellung nach § 765a ZPO

VI. Vorbereitung des Versteigerungstermins

1. Terminsveröffentlichung
2. Verkehrswertermittlung
3. Rechtzeitige Anmeldungen

VII. Ansprüche aus dem Grundstück (§§ 10 – 12 ZVG)

1. Rechte der Abt. II im Grundbuch

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

2. Rechte der Abteilung III im Grundbuch

VIII. Geringstes Gebot

1. Deckungsgrundsatz, Übernahmegrundsatz
2. Berücksichtigung der Rechte und Ansprüche

IX. Der Versteigerungstermin

1. Ablauf des Termins
2. Abgabe von Geboten
3. Sicherheitsleistung

X. Schuldner- und Gläubigerschutz

1. Die 7/10-Grenze des § 74 a ZVG
2. Die 5/10-Grenze des § 85 a ZVG
3. § 765 a ZPO

XI. Zuschlag

1. Versagung des Zuschlags
2. Erteilung des Zuschlags
3. Folgen der Zuschlagserteilung

XII. Erlösverteilung

1. Aufstellung des Teilungsplans
 - 1.1 Rechte der Abt. II im Grundbuch
 - 1.2 Rechte der Abteilung III im Grundbuch
 - 1.3 Rückgewähransprüche aus der Sicherungsgrundschuld
 - 1.4 Gesetzlicher Löschanpruch
 - 1.5 Liegenbelassungsvereinbarung
2. Ausführung des Teilungsplans
 - 2.1 Zahlung des Meistgebots
 - 2.2 Nichtzahlung des Meistgebots
 - 2.3. Forderungsübertragung
 - 2.4 Sicherheitshypothek
 - 2.5 Wiederversteigerung

XIII. Besonderheiten bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

XIV. Teilungsversteigerung

1. Allgemeines
2. Gemeinschaften am Grundstück
3. Anordnung und Beitritt
4. Geringstes Gebot
5. Erlösverteilung

XV. Zwangsverwaltung

1. Anordnung des Verfahrens
2. Zwangsverwalter
3. Beschlagnahmeumfang
4. Teilungsplan
5. Aufhebung des Verfahrens
6. Vergütung des Verwalters

D 5: Mobiliarvollstreckung (10 Doppelstunden)

I. Einstweiliger Rechtsschutz

Erinnerung, einstweilige Einstellung, §§ 766, 732 ZPO

Vollstreckungsabwehrklage, § 767 ZPO

Drittwiderrspruchsklage, § 771 ZPO

Einstweilige Einstellung in dringenden Fällen, § 769 II ZPO

II. Vollstreckungsschutz, § 765 a ZPO

D 6: Familienrecht (15 Doppelstunden)

Themenschwerpunkte:

Ausgewählte Fragen insbesondere des Familien- (Vormundschafts-, Pflegschafts-) und Betreuungsrechts, Einführung in das Adoptionsrecht und das Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz, Vorstellung gesetzlicher Neuregelungen.

A. Ausgewählte Fragen des Familien- (Vormundschafts-, Pflegschafts-) und Betreuungsrechts

I. Pflegschaften

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

1. Ergänzungspflegschaft
 - 1.1 Allgemeine Voraussetzungen
 - 1.1.1 Umstrittene Anwendungsfälle
 - 1.1.2 Vor- und Nacherbschaft
 - 1.1.3 Erbauseinandersetzungen
 - 1.1.4 Erbausschlagung
 - 1.1.5 Personenidentität zwischen Testamentsvollstrecker und gesetzlichem Vertreter des minderjährigen Erben
 - 1.1.6 Minderjähriger Gesellschafter
 - 1.1.7 Pflegschaft zur Wahrnehmung des Zeugnisverweigerungsrechts
 - 1.1.8 Geltendmachung des kindlichen Unterhaltsanspruchs
2. Abwesenheitspflegschaft
3. Pflegschaft für unbekanntete Beteiligte
4. Pflegschaft für die Leibesfrucht, Abgrenzung zur Beistandschaft
5. Das Vermögensverzeichnis nach § 1640 BGB

II. Verfahrensrechtliche Fragen

III. Vormundschaft

1. Anordnung
2. Mitvormundschaft

IV. Aufsichts- und Eingriffsrechte des Gerichts

1. Maßnahmen nach §§ 1837, 1886 BGB
2. Maßnahmen nach §§ 1846, 1693 BGB

V. Beendigung, Aufhebung von Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung

1. Gesetzliche Beendigung, gerichtliche Aufhebung
2. Pflichten des Vormunds, Pflegers, Betreuers nach Amtsbeendigung
3. Unaufschiebbare Angelegenheiten

B. Einführung in das Adoptionsrecht

I. Adoption Minderjähriger

II. Adoption Volljähriger

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- C. Überblick über das Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz**
- D. Beendigung und Aufhebung der Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung**
- E. Pflichten des Vormund, Pflegers, Betreuers nach Beendigung des Amtes**
- I. Rückgabe der Besta(e)llungsurkunde**
- II. Rechenschaftsbericht**
- III. Vermögensherausgabe**
- IV. Rechnungslegungspflicht**
- F. Unaufschiebbare Angelegenheiten nach Tod des Mündels, Pfleglings, Betreuten**

D 7: Nachlassrecht (10 Doppelstunden)
--

- A. Die Rechtsstellung des Alleinerben**
- I. Berufung zum Erben**
- II. Annahme oder Ausschlagung?**
 - 1. Der vorläufige Erbe (Schwebezeit)
 - 1.1 Besorgung erbschaftlicher Geschäfte (Haftung, Aufwendungsersatz)
 - 1.2 Annahme und Anfechtung
 - 1.3 Ausschlagung und Anfechtung
 - 1.4 Überschuldung des Erblassers
 - 1.5 Nachlasssicherung
 - 2. Die „wirtschaftlichen“ Überlegungen des Erben
 - 2.1 Vermächtnisse
 - 2.2. Pflichtteilsberechtigte
 - 2.3. Kinder aus vorausgegangenen Ehen
 - 2.4. Erbrechtliche/güterrechtliche Lösung (bei Zugewinnngemeinschaft)
 - 2.5. Der nichteheliche Partner als (gewillkürter Erbe)

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

III. Der endgültige Erbe

1. Seine Rechte
 - 1.1. Rechtsübergang
 - 1.2. Erbenstellung
 - 1.3. Nachweis der Erbenstellung
2. Seine Pflichten (Haftungsfragen)
3. Seine Beschwerden/Beschränkungen
 - 3.1. Testamentsvollstreckung
 - 3.2. Nacherbfolge

IV. Rechte Dritter

1. Dritte gehen gegen die Verfügung von Todes wegen vor
 - 1.1. behauptete Testierunfähigkeit
 - 1.2. Auslegung
 - 1.3. Anfechtung
2. Vermächtnisnehmer, Auflagenbegünstigte
3. Pflichtteilsberechtigte

V. Rechtsgeschäfte des Erblassers unter Lebenden auf den Todesfall

1. Schenkungen
2. Sparbuch
3. Lebensversicherungen
4. Postmortale Vollmachten

VI. Erbschaftssteuer

B. Die Rechtsstellung von Miterben – Die Miterbengemeinschaft

I. Verpflichtungsgeschäfte

II. Verfügungen

1. über einzelne Nachlassgegenstände
2. über den Miterbenanteil

III. Verwaltung des Nachlasses

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

IV. Auseinandersetzung

D 8: Strafvollstreckungsrecht (40 Doppelstunden)

A. Allgemeiner Teil (26 Doppelstunden)

I. Einführung

1. Begriff der Strafvollstreckung (und Abgrenzung zum Strafvollzug)
2. Strafvollstreckungsvorschriften (einschl. Jugendgerichtsgesetz)
3. Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde und Jugendrichter als Vollstreckungsleiter
4. Zuständigkeit des Rechtspflegers (auch im Verhältnis zum Strafvollzug)
5. Grundsatz der nachdrücklichen Vollstreckung

II. Voraussetzungen der Strafvollstreckung

1. Vorliegen einer vollstreckungsfähigen Entscheidung
2. Rechtskraft
3. Keine Vollstreckungshindernisse
 - 3.1 Vollstreckungsverjährung
 - 3.2 Gerichtliche Einstellung
 - 3.3 Strafaussetzung zur Bewährung
 - 3.4 Strafaufschub und Strafunterbrechung
 - 3.5 Amnestie, Gnadenerweis, Immunität, Spezialität

III. Vollstreckung von Freiheitsstrafen

1. Zuständigkeit der Justizvollzugs- und Jugend(straf)anstalten, Vollstreckungsplan
2. Ladung zum Strafantritt
3. Aufnahmeersuchen
4. Vorführungs- und Haftbefehl
5. Überführungs- und Unterbrechungersuchen

IV. Strafzeitberechnung

1. Vollstreckungsreihenfolge
2. Strafbeginn
3. Anrechnung
4. Strafreue nach Unterbrechung
5. Halbstrafen- und Zweidrittelzeitpunkt
6. Vollstreckung mehrerer Freiheitsstrafen

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

7. „Goldene Regeln“ der Strafzeitberechnung

V. Nachträgliche Gesamtstrafenprüfung und –bildung

1. Grund
2. Voraussetzungen
3. Vollstreckung

VI. Vollstreckung von freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung

1. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus
2. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt
3. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung

B. Besonderer Teil (14 Doppelstunden)

I. Vollstreckung von Geldstrafen

1. Einforderung und Mahnung
2. Beitreibung
3. Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe
4. Freie Arbeit
5. Geldstrafenvollstreckung bei Insolvenz des Verurteilten

II. Vollstreckung von Nebenstrafen und Nebenfolgen

1. Fahrverbot
2. Verlust der Amtsfähigkeit und Wählbarkeit
3. Vermögensabschöpfung

III. Vollstreckung von nichtfreiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung

1. Führungsaufsicht
2. Entziehung der Fahrerlaubnis
3. Berufsverbot

IV. Besonderheiten

1. Geldbuße und Erzwingungshaft
2. Ordnungsgeld, Zwangsgeld, Ordnungs- und Zwangshaft

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

3. Vollstreckung von Jugendstrafen
4. Fahndungsmaßnahmen

V. Ausgewählte Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde

1. Strafaufschub (§ 456 StPO)
2. Strafausstand (§ 455 StPO)
3. Zurückstellung der Strafvollstreckung (§§ 35, 36 BtMG)
4. Absehen von der Vollstreckung nach Abschiebung oder Auslieferung (§ 456 a)

VI. Rechtsbehelfe in der Strafvollstreckung

D 9: Zivilprozess- und Kostenrecht (10 Doppelstunden)
--

Themenschwerpunkte:

Ausgewählte Fragen des Zivilverfahrens- und Kostenrechts

A. Erstattungsfähigkeit von Kosten des Rechtsstreits

I. Gerichtskosten

II. Außergerichtliche Kosten

1. Parteikosten
2. Rechtsanwaltskosten
 - 2.1. Unterbevollmächtigter
 - 2.2. Reisekosten

III. Vorprozessuale Kosten

B. Verfahrensvoraussetzungen des Kostenfestsetzungsverfahrens

I. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen

II. Besondere Verfahrensvoraussetzungen

C. Einwendungen im Kostenfestsetzungsverfahren

I. Zulässige Einwendungen

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

- II. **Behandlung der Einwendungen**
- D. **Beschwerde im Kostenfestsetzungsverfahren**
- I. **Sofortige Beschwerde**
- II. **Rechtsbeschwerde**

D 10: Internationales Privatrecht (30 Doppelstunden)

Themenschwerpunkt: Die Eu-Erbrechtsverordnung

- A. **Grundlagen des Internationalen Privatrechts**
- I. **Sachverhalt mit Auslandsbezug**
- II. **Internationales Verfahrensrecht und Internationales Privatrecht**
- III. **Internationale Zuständigkeit**
 - 1. Staatsverträge und europäisches Gemeinschaftsrecht
 - 2. Autonomes deutsches Recht
 - 2.1. Geschriebene und ungeschriebene Regeln
 - 2.2. Besonderheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- IV **Kollisionsrechtliche Prüfung**
 - 1. Sachnormen und Kollisionsrecht
 - 2. Auffinden der maßgeblichen Kollisionsnorm des IPR
 - 2.1. Funktion und Aufbau der Kollisionsnorm
 - 2.2. Arten von Kollisionsnormen
 - 2.3. Rechtsquellen
 - 2.3.1. Staatsverträge und europäisches Unionsrecht
 - 2.3.2. Autonomes Kollisionsrecht
 - 3. Anwendung der Kollisionsnorm (Subsumtion)
 - 4. Verweisung
 - 4.1. Sachnorm- oder Gesamtverweisung
 - 4.2. Rück- oder Weiterverweisung
 - 5. Anknüpfung und anwendbares Sachrecht

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

6. Qualifikation

V. Hauptfrage, Teilfrage, Erstfrage, Vorfrage

1. Haupt- und Teilfrage
2. Erstfrage (Begriff und Anknüpfung)
3. Vorfrage
 - 3.1. Selbstständige und unselbstständige Anknüpfung
 - 3.2. Fallgruppen
 - 3.3. Bedeutung und Beweiskraft ausländischer öffentlicher Urkunden

VI. Anpassung

1. Begriff und Problematik
2. Lösungen

VII. Ordre public

B. Kollisionsrechtliche Behandlung einzelner Rechtsgebiete

I. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

II. Schuldrechtliche Verträge

III. Verfügungsgeschäfte

IV. Eheschließung (als Vorfrage)

1. Sachliche Voraussetzungen
2. Form der Eheschließung

V. Ehegüterrecht

1. Rechtswahl und objektive Anknüpfung
2. Intertemporales Recht
3. Einheitlichkeit und Unwandelbarkeit

VI. Scheidung der Ehe (als Vorfrage)

1. Internationale Zuständigkeit
2. Anwendbares Ehescheidungsrecht
3. Anerkennung ausländischer Ehescheidungen

Diplomstudiengang Rechtspflege – Studienplan

VII. Abstammung

1. Alternative Anknüpfung
2. Intertemporales Recht

VIII. Schwerpunkt: Erbrecht

1. Gesetzliche Erbfolge
2. Gewillkürte Erbfolge
3. Nachlassspaltung
4. Internationale Zuständigkeit und Nachlassverfahren
5. Intertemporales Erbrecht
6. Das Europäische Nachlasszeugnis